

J 002

Lfd.-Nr. 1177

DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

Flüchtlingspolitik

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag J 001

1 *Der DGB soll sich dafür einsetzen, dass die jetzige Flüchtlings-*
2 *politik der Bundesregierung neu gestaltet wird.*

3

4

5

6 *Im Vordergrund muss der Schutz **von** Flüchtlingen stehen,*
7 *nicht der Schutz **vor** Flüchtlingen. Die EU-Organisation Fron-*
8 *tex und die Richtlinien für den nationalen Grenzschutz müssen*
9 *im Sinne dieses Grundsatzes umgestaltet werden. Insbe-*
10 *sondere darf die Abschiebung bereits auf hoher See, die gegen*
11 *internationales, zwingendes Recht verstößt, nicht länger*
12 *praktiziert werden.*

13

14

15

16 *Die Neugestaltung muss die menschenwürdige Behandlung*
17 *von Flüchtlingen sicherstellen. Dazu gehört auch die Einrich-*
18 *tung von legalen Einwanderungswegen für Menschen, die ihr*
19 *Land unter Zwang und/oder illegal verlassen müssen. Weitere*
20 *Maßnahmen sind:*

21

- 22 • *Schaffung einer Quotenregelung für alle EU-Staaten, die*
23 *Bevölkerungszahlen und Bruttonationalprodukt berücksich-*
24 *tigt. Bis zum Erreichen dieses Zieles muss die Bundesre-*
25 *publik für sich eine beispielhafte Quote festlegen.*
- 26 • *Flüchtlinge, die die Bundesrepublik erreicht haben, dürfen*
27 *hier ihren Asylantrag stellen.*
- 28 • *Alle Verordnungen und Gesetze, national und EU-weit,*
29 *die die Rettung von Menschenleben behindern und/oder*
30 *den Retter kriminalisieren oder sonstig benachteiligen,*
31 *müssen aufgehoben werden.*
- 32 • *Das Recht von Flüchtlingen auf Asyl oder humane*
33 *Duldung darf nicht untergraben werden.*
- 34 • *Die Bundesregierung und die Länder entwickeln Pro-*
35 *gramme zur Förderung des Verständnisses für diese Maß-*
36 *nahmen durch die Bevölkerung.*
- 37 • *Die Bundesregierung drängt in der EU darauf, verstärkt*
38 *Lösungen für die Ursachen der Flüchtlingsströme in der*
39 *jeweiligen Heimat der Flüchtlinge zu finden.*

40

41

42

43 **Begründung:**

44

45

46 Auszüge aus unserem Grundsatz und Zukunftsprogramm:

47

48 Demokratie und Menschenrechte werden in vielen Ländern
49 mit Füßen getreten. Viele Menschen fliehen vor Verfolgung
50 aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen sowie auf-
51 grund sexueller Gewalt. Die Gewerkschaften treten für das
52 Recht auf Asyl auf der Grundlage des Flüchtlingsbegriffs der
53 Genfer Flüchtlingskonvention ein. Sie engagieren sich für eine
54 Gesetzgebung und Verwaltungspraxis, die Flüchtlingen tat-
55 sächlichen Schutz und ein menschenwürdiges Leben in unse-
56 rem Land ermöglicht. Für Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürger-
57 kriegsgebieten muss ein eigenständiger Status geschaffen
58 werden, der ihrer Notlage gerecht wird.

59

60 Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Deshalb treten
61 wir für eine geregelte und humane Zuwanderungspolitik ein,
62 die sich nicht einseitig an arbeitsmarktpolitischen Gesichts-
63 punkten der Bundesrepublik ausrichtet, sondern auch die Be-
64 dürfnisse von Menschen aus Gebieten wirtschaftlichen Elends
65 und ökologischer Zerstörung berücksichtigt.